



"Es begab sich aber zu der Zeit, dass ein Gebot von dem Kaiser Augustus ausging, dass alle Welt geschätzt würde. Und diese Schätzung war die allererste und geschah zu der Zeit, da Cyrenius Landpfleger in Syrien war." Lukas-Evangelium 2,1-2

Wissenschaft und Technik wurden früh zu Ermittlungszwecken eingesetzt und zur Datenerhebung genutzt:

Indirekte Ermittlungen von Bevölkerungszahlen für Steuerzwecke lassen sich bereits um 2700 v. Chr. in Ägypten nachweisen. Im Römischen Reich gab es seit dem 6. Jahrhundert v. Chr. alle fünf Jahre Volkszählungen und Erhebungen über die Einkünfte der römischen Bürger.

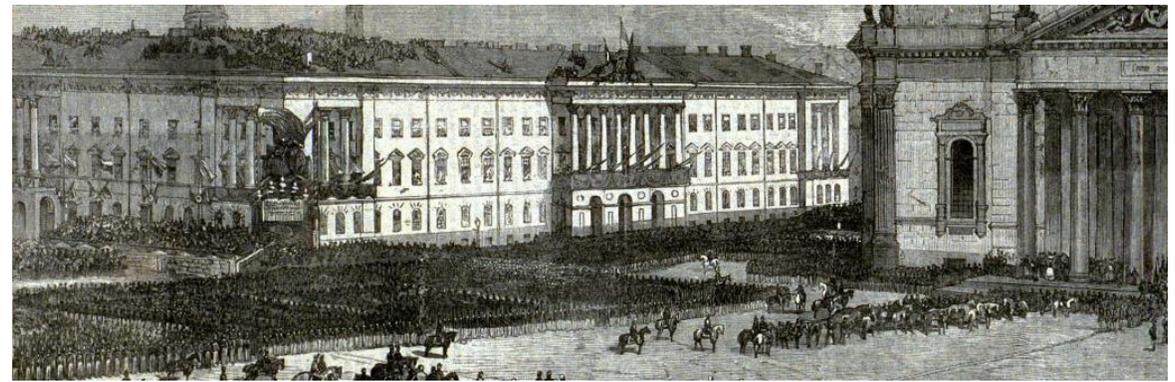
Seit 1870 - Fotografie

Seit 1890 - Messverfahren unveränderlicher Körpermerkmale

Um 1900 herum - Daktyloskopie (Fingerabdruckverfahren)



**UNSERE
EMPFEHLUNG**



Der **Internationale Statistische Kongress 1872 in Sankt Petersburg** stellte die Empfehlung auf, welche persönlichen Daten bei jeder Volkszählung erfragt werden sollten

- Vor- und Zunamen,
- Geschlecht,
- Alter,
- Verhältnis zum Haupte der Familie oder des Haushalts,
- Zivilstand,
- Beruf oder Beschäftigung,
- Religionsbekenntnis,
- im gewöhnlichen Verkehr gesprochene Sprache,
- Kenntnis des Lesens und Schreibens,
- Herkunft, Geburtsort und Staatsangehörigkeit,
- Wohnort und Art des Aufenthalts am Zählungstag (ob dauernd oder vorübergehend anwesend bzw. abwesend),
- Blindheit, Taubstummheit, Blödsinn und Kretinismus, Geisteskrankheit.

genannte Personendaten bilden im Allgemeinen auch heute noch die Grundlage jeder Erhebung.

Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie

.Vom 21. Oktober 1878

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Reiches nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages, was folgt:

§1

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen : Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art. [...]"[\[1\]](#)



Grundlage: Spitzelberichte / verdeckte Ermittlung

Aufgrund des zunächst auf zweieinhalb Jahre befristeten und danach regelmäßig verlängerten Sozialistengesetzes wurden Unterverbände, Druckschriften und Versammlungen der Sozialdemokraten, namentlich der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und ihrer nahestehenden Organisationen, vor allem Gewerkschaften, verboten. Verstöße gegen das Gesetz wurden oft mit Geldstrafen oder auch mit Gefängnishaft geahndet. Viele Sozialisten setzten sich unter dem politischen Druck des Gesetzes ins ausländische Exil ab, vor allem nach Frankreich, die Schweiz oder England.

Das Sozialistengesetz bekämpfte die Sozialdemokraten als „Reichsfeinde“ und erschwerte nachhaltig die Integration von Arbeitern und Sozialdemokratie in Staat und Gesellschaft. Die faktische politische Ausbürgerung der sozialdemokratischen Opposition ging mit einer sozialen Ausbürgerung einher, der zufolge Sozialdemokraten materiell entrechtet und am Arbeitsplatz verfolgt wurden.



Spezialkarteien:

Bei Ermittlungen angefallene Informationen über Personen wurden bereit im 19. Jahrhundert Spezialkarteien geführt, vor 1933 gibt es keine Belege, dass versucht wurde ALLE männlichen Homosexuellen zu erfassen allerdings gibt es viele Beispiele aus einzelnen Orten schon zu Kaiserzeit:

1869: Urningslisten über 2000 in Berlin lebende Homosexuelle
1898 Petition durch August Bebel Abschaffung §175 aufgrund der hohen Zahl und gesellschaftsübergreifenden Struktur der Liste –
Bau von 2 Gefängnissen, wenn die Polizei handeln würde:
Konsequente Anwendung unmöglich

§175 - stellte sexuelle Handlungen zwischen ♂ Personen unter Strafe

1. Januar 1872
Reichsstrafgesetzbuch

1. September 1935

Verschärfung durch Anhebung Höchststrafe von sechs Monaten auf fünf Jahre Gefängnis

§175

Name des Bes.: <i>A 6 a</i>		Geheime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Berlin <i>9. 12/9</i>	
int. Anr.: <i>A 6 a</i>		St. Dienst	
Aufnahmeort Tag Monat Jahr <i>5. Sept. 1940</i>		Stamm für Eingangstempel Tag Monat Jahr St.	
Stf. Nr. 30025		Tatsachengestaltung	
+ BERLIN NUE 173 348 5.9.40. 11.10. = NU=			
AN DIE STPOLIZEISTELLE B E R L I N			
BETRIFFT : SCHUTZHAFT GEGEN HANS R [REDACTED], GEB			
13.8.01 STETTIN			
VORGANG : DORT. BERICHT V. 13.8.40. U. ABT A 6 KLEIN A .			
R. 100/40 SCH.			
FUER DEN OBENGENANNTEN ORDNE ICH HIERMIT SCHUTZHAFT BIS AUF			
WEITERES AN . -- HAUPTPRUEFUNGSTERMIN : 23.11.40.			
SCHUTZHAFTBEFEHL IST WIE FOLGT AUSZUSTELLEN . :'' INDEM ER			
DADRUCH , DASS ER ALS UNVERBESSERLICHER HOMOSEXUELLER SICH IN			
VERWERFLICHER ABSICHT EINEM AUF URLAB WEILENDEN			
MARINJANGEHOERIGEN GENAHERT HAT , ERKENNEN LAESST , DASS ER			
NICHT GEWILLT IST , DIE ZUM SCHUTZE DER VOLKSGESUNDEIT UND			
DER DEUTSCHEN JUGEND ERLASSENEN ANORDNUNGEN EINZUHALTEN . ''			

§175

Nach 1969 forderte die Schwulenbewegung zusätzlich zur Abschaffung des Paragraphen §175 die Vernichtung der sog. „rosa Listen“

2005: Beschwerde des Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter e.V. (Velspol) in Nordrhein-Westfalen – Software IGVP im Einsatz Bayerns, Thüringens und Nordrhein-Westfalens. Homosexuelle wurden hier als besondere Tätergruppe. Die Ermittler verwendeten ein Computerprogramm mit einem speziellen Register für Schwule und Lesben, ihre Treffpunkte wurden als potenzielle Tatorte klassifiziert.



Willkommen bei Ihrer Volkszählung...



Fragen zur Volkszählung – und heute?

- Was tun, wenn der Zähler vor der Tür steht? Muss ich ihn hereinlassen?
- Was ist neu an der Volkszählung?
- Kann ich auch zum Mikrozensus gezwungen werden?
- Muss ich so indiskrete Fragen wirklich beantworten? Alle?
- Fällt es auf, wenn ich falsche Angaben mache?
- Ich habe gehört, dass sich der Staat für Wohngemeinschaften besonders interessiert?
- Kann ich Auskünfte über Mitbewohner verweigern?
- Was passiert, wenn ich meinen Fragebogen verliere? Oder wenn ich dem Zähler sage, dass ich den Fragebogen schon eingeschickt habe?
- Kann ich die Daten auf meinem Fragebogen durch einen bestimmten Stift oder durch Zerknittern wertlos machen?
- Muss ich wirklich meine Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin? Melden?
- Kann ich verhindern, dass die Zähler in der Nachbarschaft hinter mir her schnüffeln?
- Bleiben meine Auskünfte wirklich geheim?
- Wo werden die Daten über mich gespeichert? Wer kann alles ran?
- Welche Daten darf der Staat veröffentlichen oder verkaufen?



„Volkszählungsurteil“ des BVerfG. von 1983

„Recht auf informationelle Selbstbestimmung“

(BVerfGE 65, 1 – Volkszählung, <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv065001.html>)

1. Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung wird der Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG umfaßt.
Das Grundrecht gewährleistet insoweit die **Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.**
2. Einschränkungen dieses Rechts auf **"informationelle Selbstbestimmung"** sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig. Sie bedürfen einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage, die dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entsprechen muss. Bei seinen Regelungen hat der Gesetzgeber ferner den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Auch hat er organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, welche der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken.

Art 1 GG

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Art 2 GG

Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Recht des Einzelnen "grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen"

WTF 22.000 Hotspot-Nutzer willigen ins Toilettenputzen ein

15.07.2017 09:10 Uhr – Andreas Wilkens

vorlesen



22,000 People willingly agree to community service in return for free WiFi

Zu den nicht gerade wohriechenden Aufgaben, zu denen sich 20.000 verpflichtet haben, gehört das Reinigen mobiler Toiletten. (Bild: Purple)

Nutzer lesen Nutzungsbedingungen nicht. Wohin das führen kann, hat nun der britische Hotspot-Anbieter Purple vorgeführt.

Kaum ein Mensch liest die Nutzungsbedingungen. Das scheint eine Binsenweisheit zu sein. Mit der europäischen Datenschutzgrundverordnung soll sich das ändern – so lautet das Ideal. Also hat sich der britische Anbieter von freien WLAN-Hotspots Purple daran gemacht, testweise zwei Wochen lang seine Nutzungsbedingungen von 1600 auf 260 Wörter zu entschlacken und somit nutzergerechter zu machen.

Aber das war noch nicht alles. Wer den neuen Nutzungsbedingungen zustimmte, willigte ein, 1000 Stunden gemeinnützige Arbeiten zu leisten. Dazu gehören Kotaufsammeln in Parks, Abwasserkanäle oder auch mobile Toiletten auf Festivals zu säubern und Kaugummis von der Straße zu kratzen. Zusätzlich hatten die Nutzer die Gelegenheit,

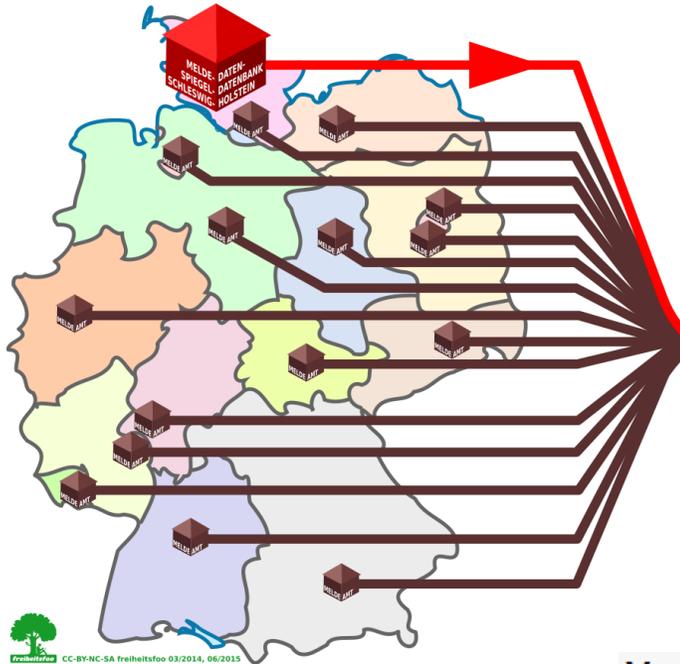
WTF

Das Internet ist voll von heißen IT-News und abgestandenem Pr0n. Dazwischen finden sich auch immer wieder Perlen, die zu schade sind für /dev/null.

[Mehr WTF-Meldungen](#)

Quelle: <https://www.heise.de/newsticker/meldung/22-000-Hotspot-Nutzer-willigen-ins-Toilettenputzen-ein-3771983.html>

Bundsmeldegesetz (BMG) - November 2015



Automatisierter, computergestützter
Abruf von Meldedaten durch
mindestens 2000 bis 3000 Stellen!

- ➔ **Bundeskriminalamt**
- ➔ **Bundespolizei** (samt allen Dienststellen an Bahnhöfen/Flughäfen?)
- ➔ **16 Landespolizeien** (mit allen Dienststellen und 16 LKA's)
- ➔ **Bundesamt für "Verfassungsschutz"** (Inlands-Geheimdienst)
- ➔ **16 Landesämter für "Verfassungsschutz"** (Länder-Geheimdienste)
- ➔ **Bundes"nachrichten"dienst** (Auslands-Geheimdienst)
- ➔ **Militärischer Abschirmdienst** (Militär-Geheimdienst)
- ➔ **114 Staatsanwaltschaften**
- ➔ **650 Amtsanwaltschaften**
- ➔ **1.108 Gerichte**
- ➔ **Justizvollzugsbehörden** (hunderte)
- ➔ **8 Zollfahndungsämter**
- ➔ **43 Hauptzollämter** (zzgl. 389 Außenstellen)
- ➔ **Finanzbehörden** (soweit strafverfolgend tätig, unklare Anzahl)



Verfassungsbeschwerde gegen das Bundsmeldegesetz nicht zur Entscheidung angenommen

Veröffentlicht am 5. Januar 2016 von freiheitsfoo

Die im März 2014 eingereichte
Verfassungsbeschwerde (1 BvR 746/14) gegen
das am 1.11.2015 in Kraft getretene
Bundsmeldegesetz (BMG) wurde nach
Abstimmung des Ersten Senats des
Bundesverfassungsgerichts vom 10.12.2015 **nicht
zur Entscheidung angenommen.**

Das teilte das Bundesverfassungsgericht dem
Beschwerdeführer in einem am Silvester 2015
eingehenden Brief schriftlich mit.

Eine Begründung für die Nicht-Annahme wurde nicht mitgeteilt.

<https://freiheitsfoo.de/2016/01/05/bmg-verfassungsbeschwerde-gescheitert/>



Prüfung von Privatkonten ▶ Vorlesen

Deutsches Bankgeheimnis endgültig abgeschafft

Die Behörden fragen immer häufiger Kontodaten von Privatpersonen ab. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Abfragen um 83 Prozent und es dürften künftig wohl noch mehr werden. Denn Ende Juni trat ein Gesetz zur endgültigen Abschaffung des Bankgeheimnisses in Kraft - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt. Für Behörden ist es nun noch einfacher, Bankdaten der Steuerzahler zu erfassen.

<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/bankgeheimnis-abgeschafft-steuerzahler-geldwaesche-100.html>

	Hintergrund	Rechtsgrundlage
Staatsanwaltschaft, Strafgerichte	Auskunftspflicht der Bank bei strafprozessualen Anfangsverdacht	Strafprozessordnung (§ 161a StPO)
Finanzamt	Auskunftspflicht der Bank bei hinreichendem Anlass zur Annahme von Steuerhinterziehung	Abgabenordnung (§§ 30a und 93 AO)
Finanzamt (Erbstiftungsstelle)	Umfassende Auskunftspflicht der Bank bei Tod des Bankkunden	Erbstiftungssteuergesetz (§ 33 ErbStG)
Bundeszentralamt für Steuern	Standardisierte Weitergabe des genutzten Freistellungsbetrages	Kreditwesengesetz (§§ 44 ff KWG)
BAföG-Amt	Prüfung der Angaben der Antragsteller durch Zugriff auf die Daten des Bundeszentralamtes für Steuern	Bundesausbildungsförderungsgesetz (§ 41 Abs. 4 BAföG)
Arbeitsagentur		Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit
Auskunfteien	Weitergabe der Bankdaten	"Schufa-Klausel"

Das ist Finanzbehörden in Zukunft erlaubt:

Künftig müssen Behörden keine Rücksicht mehr auf das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Banken und ihren Kunden nehmen.

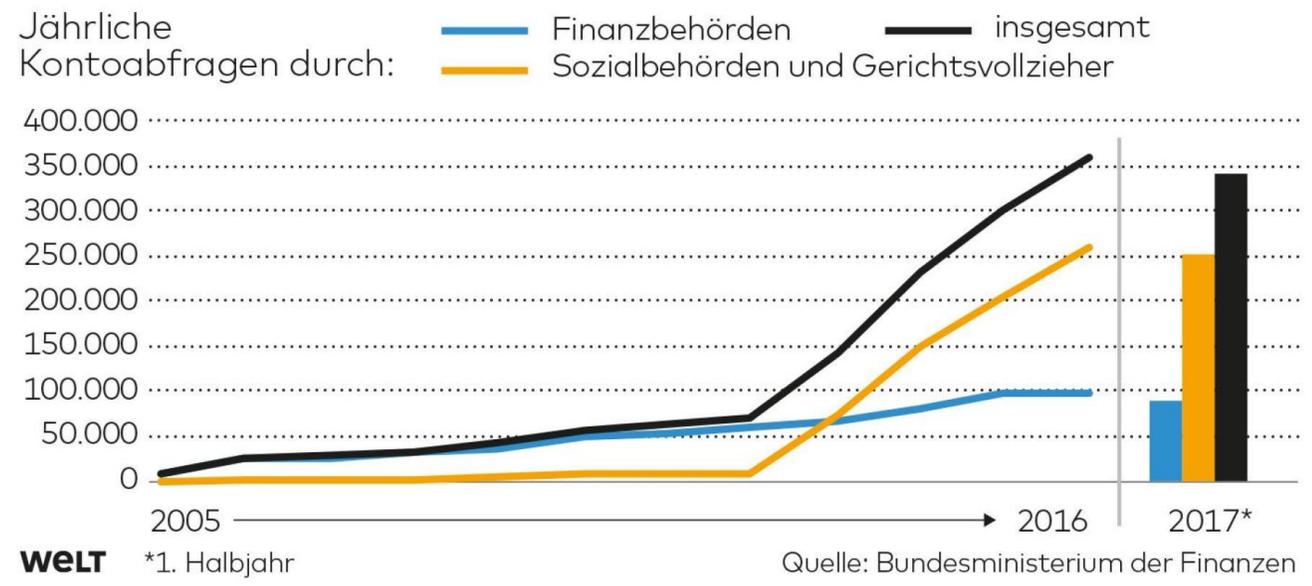
Behörden sind nicht mehr verpflichtet, Auskünfte beim Steuerpflichtigen anzufordern, bevor sie sich an die Bank wenden. Künftig ist eine allgemeine Überwachung von Bankkonten erlaubt.

Behörden können künftig Kontodaten, die sie im Zuge der Identitätsprüfung von Kontoinhabern erhalten, für eine Steuererhebung mit verwenden.

Aushöhlung des Bankgeheimnisses seit 2005

Begonnen hatte die Aushöhlung des Bankgeheimnisses 2005. Damals wurde die staatliche Einsicht in Privatkonten mit dem Kampf gegen Steuerhinterziehung und gegen den Terrorismus begründet. Die damals verantwortliche rot-grüne Bundesregierung versprach allerdings, dass die Abfragen von Bankkonten eine Ausnahme bleiben sollten.

Rasanter Anstieg



welt

*1. Halbjahr

Geheimdienste dürfen automatisiert Passbilder abrufen

19.05.2017 | 15:40 Uhr | Denise Bergert

Artikel empfehlen:



Ein neuer Gesetzentwurf erlaubt Geheimdiensten den ständigen Zugriff auf Pass- und Ausweisdaten von Bundesbürgern.



Eigentlich sollte das „Gesetz zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises“ die Nutzung der eID-Funktion und den elektronischen Identitätsnachweis des neuen Personalausweises fördern. Mit dem gestern im Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf bekommen nun jedoch auch Geheimdienst, Zoll- und Steuerfahnder sowie die Polizei erweiterte Zugriffsrechte auf die Ausweisdaten der Bundesbürger. Die vom Parlament eingefügte Bestimmung erlaubt Sicherheitsbehörden den ständigen Zugriff auf die bei den Meldeämtern hinterlegten biometrischen Passbilder für Pässe und Ausweise. Diese Daten dürfen ab sofort automatisiert abgerufen werden. Ab Mitte des nächsten Jahres bekommen dann auch die Ordnungsämter Zugriff auf diese Daten und können sie zur Verfolgung von Verkehrsordnungswidrigkeiten nutzen.

<https://www.pcwelt.de/a/geheimdienste-duerfen-automatisiert-passbilder-abrufen,3446852>

Aufbau einer bundesweiten Passfoto-Datenbank?

Der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar ruft [ins Gedächtnis](#), warum der automatisierte Abruf eine Ausnahme sein sollte:

Diese Beschränkung des Online-Abrufs der Lichtbilder war seinerzeit eingeführt worden, um zu verhindern, dass die obligatorisch in Pässe und Personalausweise aufgenommenen biometrischen Gesichtsbilder zur Massenüberwachung genutzt werden. Mit der von der Großen Koalition geplanten Gesetzesänderung fällt diese wichtige Restriktion.

Alle genannten Behörden sollen stattdessen nun einen unbeschränkten Zugriff auf die digitalisierten Fotos erhalten, einzig das Ziel der „Erfüllung ihrer Aufgaben“ ist ausschlaggebend. In der schriftlichen Begründung zum Änderungsantrag heißt es noch lapidar, es sei ohnehin „längst Standard“, dass automatisiert zugegriffen werde. Man beugt eben schon heute das Recht, so gut man kann.

<https://www.eaid-berlin.de/?p=1760>

Reaktionen auf G20-Krawalle

Datenbank, die nächste bitte

Innenpolitiker von CDU und SPD fordern nach den Krawallen zum G20-Gipfel eine europaweite Extremistendatei. Gibt es so etwas nicht schon? Und was soll die Datei leisten?

Von **Veronika Völlinger**

10. Juli 2017, 18:42 Uhr / [114 Kommentare](#)





G20-Akkreditierung entzogen

Kritik an Liste mit Journalistennamen

Stand: 11.07.2017 09:35 Uhr



Ein massiver Eingriff in die Pressefreiheit, ein beispielloser Verstoß gegen den Datenschutz: 32 Journalisten wurde beim G20-Gipfel nachträglich die Akkreditierung entzogen. Waren Hinweise von ausländischen Geheimdiensten der Grund?

Von Arnd Henze, ARD-Hauptstadtstudio

Es waren junge Bereitschaftspolizisten aus Niedersachsen, die am vorigen Samstag an den Kontrollpunkten vor dem Pressezentrum zum G20-Gipfel standen. Am Tag zu Stelle nur seinen Akkreditierungs-Ausweis vorzeigen müssen. Nun hielten die zweiseitige Liste in der Hand und winkten einen erst freundlich durch, wenn darauf stand.

KORRESPONDENT



tagesschau

6 Std. · 🌐

👍 Seite gefällt mir

"Eine der brisantesten Listen, die je zusammengestellt wurde."

"Löschbefehl" für Polizei-Datei über gewaltbereite Fans

Seit neun Jahren erfasst die Hamburger Polizei in einer Datei gewaltbereite Fußballfans - und offenbar auch Namen von unbeteiligten Zuschauern. Aus Sicht des Hamburger Datenschutzbeauftragten ist die Datei rechtswidrig und muss umgehend gelöscht werden. Nun will die Hamburger Polizei alle Datenbanken über gewaltbereite Fans überprüfen lassen.

"Das Ausmaß der Speicherung von Betroffenen, gerade aber auch von Kontakt- und Begleitpersonen unter Vernachlässigung grundlegender datenschutzrechtlicher Anforderungen ist nicht akzeptabel", erklärte der Datenschutzbeauftragte Johannes Caspar am Mittwoch.

Daraufhin kündigte Polizeipräsident Ralf Martin Meyer an, dass die Hamburger Polizei alle Datenbanken über gewaltbereite Fans überprüfen lassen werde und über die Einführung eines eigenen Datenschutzbeauftragten nachdenke. "Die

Polizei Hamburg benötigt zur Gefahrenabwehr und zur vorbeugenden Bekämpfung und Verfolgung von Straftaten die Möglichkeit zur Speicherung von Daten", heißt es in einer Pressemitteilung. Bei der ersten Prüfung seien nun Fehler festgestellt worden.



Die Hamburger Polizei erfasst in einer Datei gewaltbereite Fußballfans.

© imago

Teilnehmer

Drucken Text + -

Polizei speichert illegal Demonstranten-Daten

Die Polizeidirektion Hannover hat unberechtigt Daten von Anmeldern und Teilnehmern friedlich verlaufener Demonstrationen gespeichert. Das hat ein Mitarbeiter der Landesdatenschutzbeauftragten im Innenausschuss des Landtages kritisiert.

VORIGER ARTIKEL

Ein leiser Streiter für Radwege

Von Tobias Morchner

Artikel veröffentlicht: Sonntag,
01.01.2017 20:00 Uhr

Artikel aktualisiert: Mittwoch,
04.01.2017 00:16 Uhr



NÄCHSTER ARTIKEL

Ab September endet die
Stadtbahn am Raschplatz

Die Polizei Hannover hat die Namen von Anmeldern und Teilnehmern friedlich verlaufener Demonstrationen gespeichert. Das war illegal. Mittlerweile sind sie wieder gelöscht.

Quelle: Behrens/Symbolbild

DATEN DIE DURCH FACEBOOK GESAMMELT WERDEN

- About Me
- Account End Date
- Account Status History
- Address
- Alternate Name
- Applications
- Chat
- Checkins
- Connections
- Credit Cards
- Currency
- Current City
- Date of Birth
- Education
- E-Mails
- Events
- Family
- Favourite Quotes
- Friend Requests
- Friends
- Gender
- Groups
- Hometown
- Last Location
- Linked Accounts
- Locale
- Logins
- Machines
- Messages
- Minifeed
- Name
- Name Changes
- Networks
- Notes
- Notification Settings
- Notifications
- Password
- Phone Numbers
- Photos
- Physical Tokens
- Pokes
- Political Views
- Privacy Settings
- Profile Blurb
- Realtime Activities
- Recent Activities
- Registration Date
- Relationship
- Religious Views
- Removed Friends
- Screen Names
- Shares
- Status Updates
- Vanity
- Wallposts
- Website
- Work
- Wall Posts on others' walls
- Videos
- Likes on Site
- Cookie-related information such a browser information
- Searches within Facebook while logged in
- News Feed Settings
- Pages views while logged in
- Facial Recognition
- Interaction with Advertisement
- Conversation Tracking
- Indication of Relationships
- Removed Tags
- Like Button Tracking
- Friend Finder
- Outcomes of Processes, Matching
- Data from Synchronisation
- Details on Relationships to Friends
- Reactions and Interaction with Wall Posts
- Apps Admin
- Friends' E-Mail address
- Likes off Site
- Pages Admin
- Profile Status Change
- Subscribers
- Subscriptions
- Unlike
- Verified Mobile Numbers
- Scroll-behaviour, waiting-time, click-behaviour
- Everything you type



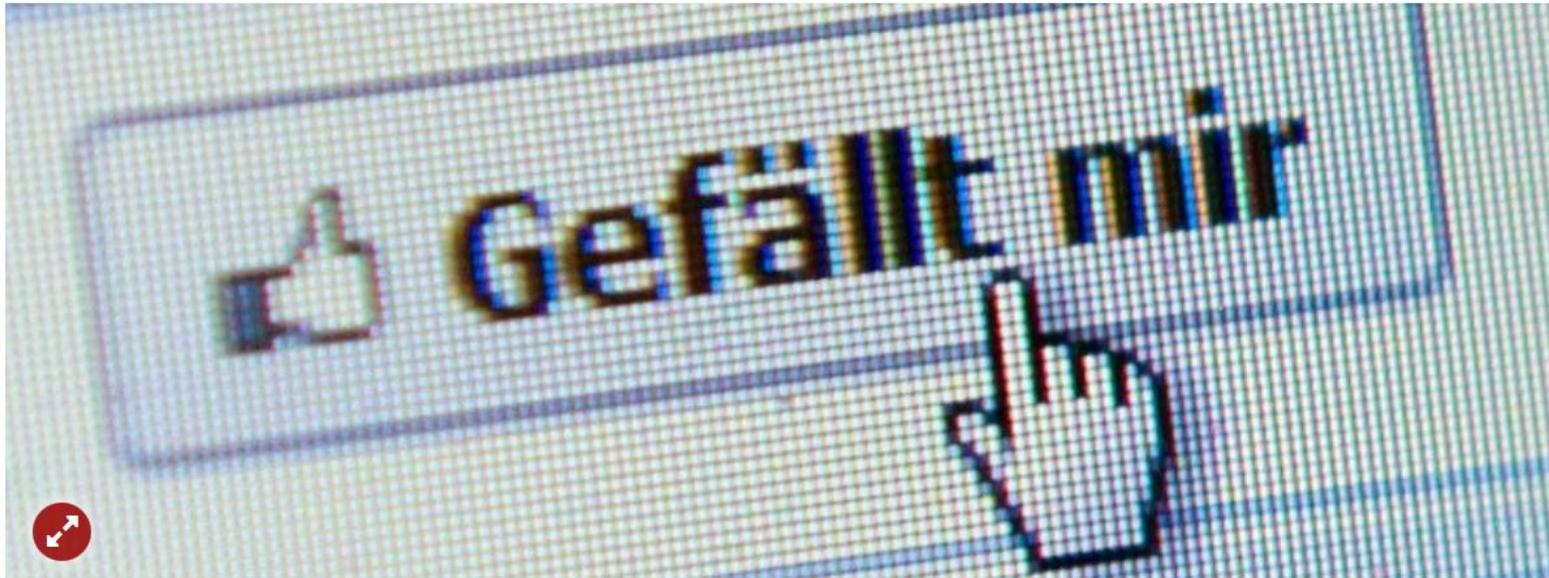
Facebook-Psychologie

Zeig mir deine Likes - und ich weiß, wer du bist

Sind Sie Raucher, konservativ, schwul? Solche Fragen können Forscher allein auf Basis von Facebook-Likes beantworten. Eine Studie zeigt: Die Daten des sozialen Netzwerks erlauben mit einer Präzision von bis zu 95 Prozent Rückschlüsse auf die Persönlichkeit der Nutzer.



Von *Holger Dambeck* ▼



DPA

Daumen hoch: Der Like-Button verrät viel über den, der ihn angeklickt hat

<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/facebook-studie-likes-enthuellen-persoenlichkeit-a-888151.html>



**DATEN DIE DURCH JEDES
SMARTPHONE GESAMMELT
WERDEN KÖNNEN**

Feuchtigkeitsmesser

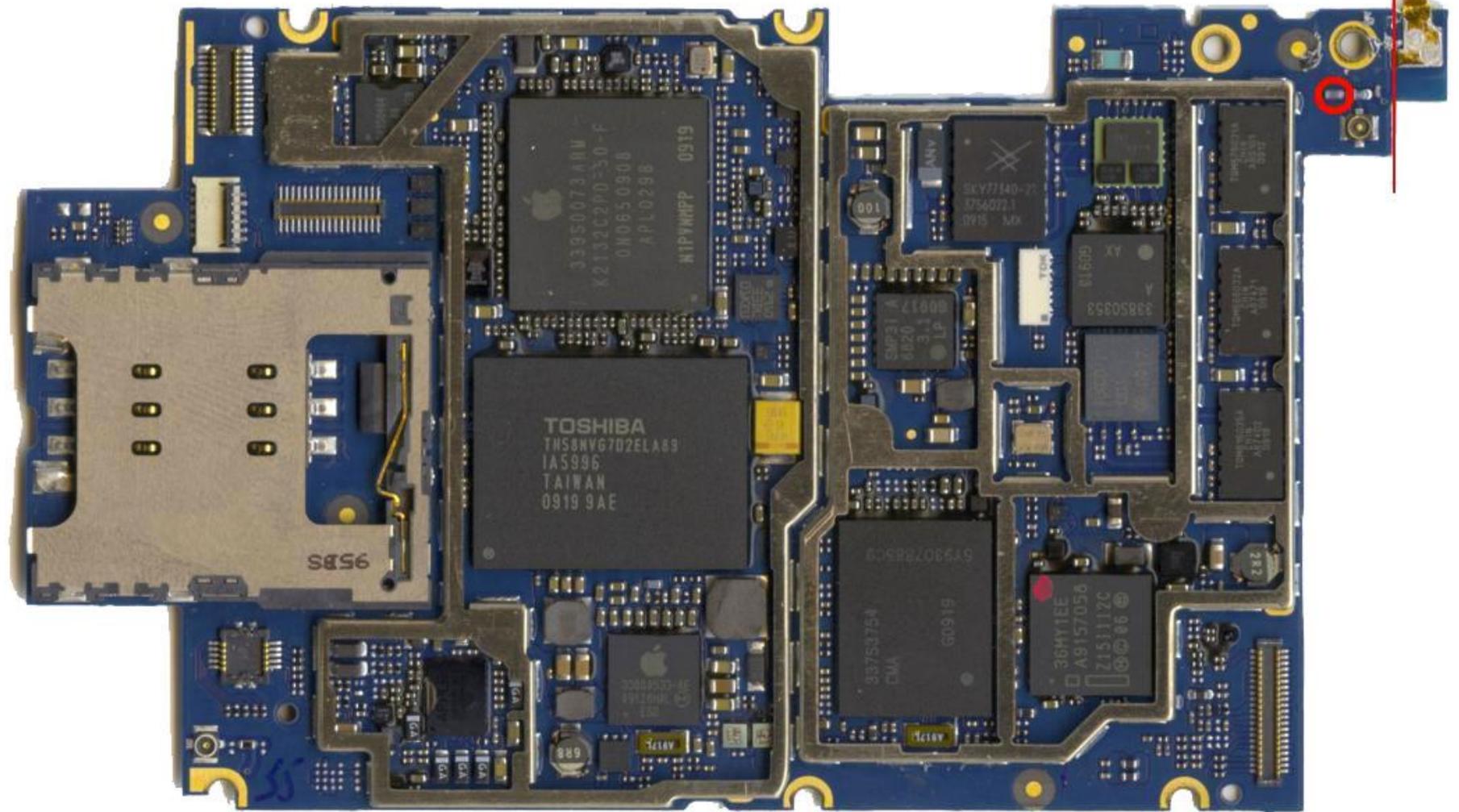
Pulssensoren

(An)Näherungssensor

Fingerabdrucksensor

Luftdrucksensoren

Kompass



GPS

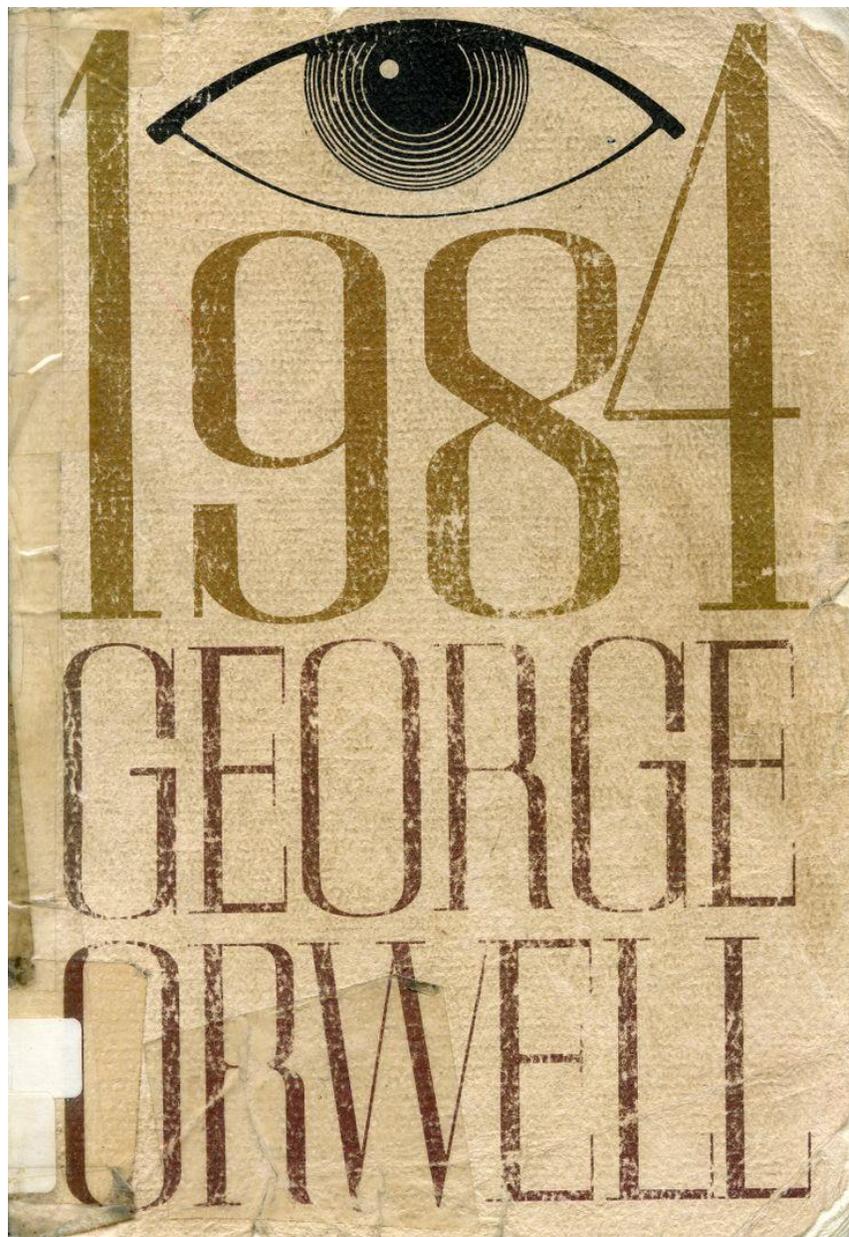
Beschleunigungssensor

Rotationssensor

Lichtsensor

Raumtemperatursensor

Kameras



1984
WAS

NOT

SUPPOSED
TO BE AN
INSTRUCTION
MANUAL